



Medienmitteilung 7. Juni 2018

Medienmitteilung des Regierungsrats zur Ferienregelung Staatspersonal

Ungünstiges Signal zur Attraktivität des Lehrberufs aus dem Regierungsrat

Der Regierungsrat will dem Staatspersonal eine zusätzliche Ferienwoche gewähren. Was wie ein Geschenk daherkommt, entpuppt sich als Luftblase. Ganz davon ausnehmen will der Regierungsrat die Lehrpersonen. Den Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) irritiert der ausdrückliche Ausschluss der Lehrpersonen. Leichtfertig nimmt man hin, dass der Lehrberuf in der Wahrnehmung zusätzlich an Attraktivität verliert. Aktuell zeigen sich bereits wieder Schwierigkeiten bei der Besetzung von offenen Lehrerstellen. Eine Schlechterstellung bei der Ferienregelung würde die auch aufgrund der Altersstruktur des Lehrpersonals zunehmenden Rekrutierungsprobleme weiter verschärfen. Der ZLV wird sich in der Vernehmlassung entsprechend einbringen.

Der Regierungsrat argumentiert in seiner heutigen Medienmitteilung konkret damit, es gehe ihm darum, die Attraktivität als Arbeitgeber zu erhalten und zu verbessern. Umso weniger verständlich ist, dass er die Lehrpersonen trotz angespannter Situation bei der Stellenbesetzung von der zusätzlichen Ferienwoche ausschliessen will. Seine Beweggründe dafür hat das Gremium den Lehrpersonen bisher nicht vermittelt.

Zurzeit werden aus dem ganzen Kanton Zürich Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung für das nächste Schuljahr 2018/2019 gemeldet – dies wenige Wochen vor Beginn des neuen Schuljahrs. Besonders betroffen sind die Kindergarten- und die Mittelstufe sowie die vielen offenen Stellen für Schulische Heilpädagoginnen und -Heilpädagogen. Die zunehmenden Rekrutierungsprobleme sind teils darauf zurückzuführen, dass die Babyboomer-Generation ins Pensionsalter kommt. Teils kämpft der Lehrberuf aber auch gegen Imageprobleme und gegen attraktivere Angebote und Karrieremöglichkeiten in der Privatwirtschaft. Vor diesem Hintergrund wirkt es unverantwortlich, dass der Regierungsrat die Lehrpersonen von einer Verbesserung der Anstellungsbedingungen ausschliessen will. Sogar dann, wenn es sich nur um eine vermeintliche Verbesserung handelt. Die Attraktivität des Lehrberufs wird damit unnötig angekratzt. Will der Regierungsrat so junge Generationen für diesen Job gewinnen und dem Lehrermangel wirksam begegnen?

Für den ZLV argumentiert der Regierungsrat zudem nicht ehrlich. Er verkauft die zusätzliche Ferienwoche als grosse Errungenschaft und Attraktivitätssteigerung. Gleichzeitig will er sie kostenneutral realisieren. Dies heisst, dass es an anderer Stelle Abstriche geben wird. Immerhin benennt er diese: Die bereits heute gewährten Ferientage über die Festzeit Ende Jahr werden neu zum Anspruch hinzugerechnet, und die Arbeitszeit wird erhöht. Es handelt sich also für das Staatspersonal letztlich um ein Nullsummenspiel, eine schon geplatzte Luftblase und nicht um eine Verbesserung. Angesichts der positiven Jahresabschlüsse der letzten Jahre im zwei- bis dreistelligen Millionenbereich wird das Ganze erst recht absurd.

Ansprechperson für Medien

Christian Hugli, Präsident ZLV, 076 580 70 97